

Es sind unter anderen etwa folgende Problemkreise durch PCP-Anwendung bekannt:

- PCP kann sich in Lebensmitteln anreichern (Holzbehälter).
- Empfindliche Personengruppen wie ältere Leute, Kranke, Säuglinge könnten durch lange Aufenthalte in PCP-behandelten Räumen gesundheitlich gefährdet sein.
- Viele PCP-behandelte Produkte werden letztlich in Kehrichtverbrennungsanlagen verbrannt. Ebenso wird PCP-behandeltes Bauholz und Sägemehl verbrannt. Bei Verbrennungstemperaturen zwischen 300 bis 800 Grad Celsius können aus PCP Dioxine der «Seveso-Klasse» wie Tetrachlordibenzodioxin (TCDD) entstehen.
- Der grösste Teil des verwendeten PCP ist «technische Qualität». Diese Qualität kann Spuren von Dioxinen oder der ebenfalls hochgiftigen Furane enthalten.
- PCP ist toxisch für aquatische Ökosysteme. Es ist ziemlich gut wasserlöslich, wird in den Kläranlagen kaum abgebaut und somit in die Gewässer geschwemmt.

Der Verband der Kantons- und Stadtchemiker der Schweiz ist schon seit einiger Zeit der Überzeugung, dass die doch zahlreichen Indizien für die mögliche Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit durch die vielseitige Anwendung von PCP nach Massnahmen rufen.

Die aargauische Regierung hat sich nun im Zusammenhang mit der Untersuchung über die Umweltbelastung in der Region Rheinfelden der Meinung der Kantonschemiker angeschlossen: «Der Gebrauch von PCP und anderer ähnlich giftiger Stoffe, für die es umweltfreundlichere Alternativen gibt, sollte verboten oder doch massiv eingeschränkt werden. Diese Forderung der Kantonschemiker ist zu unterstützen» (Erklärung des Vorstehers des Departements des Innern vor dem aargauischen Grossen Rat, 1. März 1982).

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

Die Giftgesetzgebung sieht vor, dass das Bundesamt für Gesundheitswesen zur Beurteilung der Giftigkeit von Chemikalien von einem Fachausschuss beraten wird. Dieser Ausschuss setzt sich aus Vertretern der zuständigen eidgenössischen und kantonalen Amtsstellen, der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt und der Wissenschaft zusammen.

Aufgrund der von den Kantonschemikern in der Presse publizierten Äusserungen über die Gefährlichkeit von Pentachlorphenol haben sich die Experten des Fachausschusses erneut mit der Giftigkeit dieses Grundstoffes eingehend befasst und dem Bundesamt für Gesundheitswesen die folgenden Ergebnisse vermittelt.

Pentachlorphenol befindet sich seit 1971 in Giftklasse 3. Auch die Reinheit dieses Grundstoffes stand im Jahre 1979 zur Diskussion, und es wurde dem Bundesamt für Gesundheitswesen empfohlen, Vorschriften über den Gehalt von chlorierten Dibenzodioxinen und Dibenzofuranen festzulegen. Sie finden sich in der Giftliste 1 und legen einen Grenzwert fest, wonach der Gehalt dieser Verunreinigungen 1 ppm nicht übersteigen darf.

Pentachlorphenol wird in etwa hundert Produkten zur Behandlung von Holzkonstruktionen verwendet und dient zur Verhinderung eines Pilzbefalles. Der Wirkstoff kommt in diesen Produkten in einer Konzentration von 2 bis 5 Prozent vor. Die Imprägnation des Holzes erfolgt entweder durch Anstrich oder nach dem Spritz- oder Tauchverfahren. Nach der Verwendung eines Holzschutzmittels mit PCP werden in den Innenräumen durch Verdampfen des Wirkstoffes gewisse Konzentrationen von PCP entstehen, so dass ohne Zweifel Menschen und Tiere, die sich in solchen Räumlichkeiten aufhalten, den Wirkstoff einatmen. Es stellt sich nun die Frage, ob diese eingeatmeten Mengen giftig sind. Die Experten des Fachausschusses gingen für eine solche Beurteilung von der toxikologischen Wirkung dieses Grundstoffes aus und verglichen den No effect level (keine

Wirkungskonzentration) mit den Raumluftkonzentrationen bzw. den eingeatmeten Mengen nach einer Verwendung eines solchen Produktes. Sie kamen zum Schluss, dass unter den ungünstigsten Bedingungen, nämlich ohne Belüftung und mit höchstem Atemvolumen eine giftige Wirkung nicht erreicht werden kann. Aus diesem Grunde ist es auch nicht vorgesehen, Pentachlorphenol in eine andere Giftklasse umzuklassieren oder gar eine Verwendung von PCP zu verbieten. Interessant ist die Feststellung, dass bei Untersuchungen des PCP-Gehaltes im Urin von Menschen, die mit PCP arbeiten, und solchen, die normalerweise nicht in Berührung damit kommen, doch gewisse Mengen nachgewiesen werden konnten. Sie betragen zwischen 10 und 150 µg/l Urin. Aber auch hier konnte berechnet werden, dass solche Konzentrationen sich noch tausendfach von einer toxischen Wirkung entfernt befinden.

Eine Anwendung auf Textilien, die direkt in Berührung mit der Haut kommen, muss verboten werden, da die Absorption von PCP durch die Haut nachgewiesen werden konnte. Den Experten dieser Fachkommission war es bekannt, dass der Schutz des Holzes durch solche Anstriche mit konservierenden Stoffen in Innenräumen eigentlich gar nicht notwendig sei. Sie haben sich deshalb die Frage gestellt, ob eine solche offensichtlich unnötige Exposition des Menschen mit Chemikalien nicht eingeschränkt werden sollte. Diese Überlegungen haben dazu geführt, dem Bundesamt zu empfehlen, die Verwendung solcher Holzschutzmittel in Schlaf- und Wohnräumen sowie in Räumen, wo sich Lebensmittel befinden, nach Möglichkeit einzuschränken oder gar zu verbieten.

Das Bundesamt wird im Laufe des Jahres 1982 entsprechend den Beratungen durch die Experten des Fachausschusses die Verwendung sämtlicher Holzschutzmittel regulieren, hingegen hat sich in der toxikologischen Beurteilung des Pentachlorphenols keine neue Situation ergeben.

Pentachlorphenol bildet bei höherer Temperatur chlorierte Dibenzodioxine und -furane, weshalb sich aus Kehrichtverbrennungsanlagen Rauchgase entwickeln, die solche Stoffe in kleinsten Mengen enthalten können. Um eine Belastung der Bevölkerung durch solche Verbrennungsprodukte beurteilen zu können, braucht es quantitative Bestimmungen solcher Stoffe in den Rauchgasen. Weil sie aber nur in Spuren vorhanden sind, sind die Methoden zu deren Bestimmung sehr aufwendig und zeitraubend. Diese Arbeiten stehen aber kurz vor dem Abschluss, so dass ebenfalls im Jahre 1982 auch dieses Risiko, das Pentachlorphenol verursachen könnte, abgeschätzt werden kann. Es könnte dabei eine nochmalige Beurteilung der Verwendung von Pentachlorphenol zur Folge haben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	48 Stimmen
Dagegen	55 Stimmen

Präsidentin: Frau Mauch erklärt sich von der Antwort des Bundesrates als nicht befriedigt.

82.442

Interpellation Crevoisier
Landesbibliothek. Bibliotheksführer
Bibliothèque nationale. Guide

Wortlaut der Interpellation vom 22. Juni 1982

Zu unserer Überraschung haben wir vernommen, dass der Führer der Landesbibliothek nur auf deutsch vorliegt. Wir fragen den Bundesrat, innert welcher Frist er diesen Ver-

stoss gegen die Gleichberechtigung der Amtssprachen in den Amtsstellen des Bundes beseitigen will? Wir möchten weiter wissen, ob es solche Diskriminierungen auch in anderen Bundesstellen gibt?

Texte de l'interpellation du 22 juin 1982

Nous avons appris avec surprise que le *Guide de la Bibliothèque nationale* n'était actuellement édité qu'en langue allemande. Nous demandons au Conseil fédéral dans quel délai il entend corriger cette entorse au principe de l'égalité des langues nationales dans les organismes officiels de la Confédération. Nous désirons également savoir si une telle discrimination est pratiquée dans d'autres institutions fédérales.

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et désire une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

La Bibliothèque nationale dispose également d'un guide en langue française. Il s'agit d'un texte datant de 1964, texte légèrement corrigé en 1980 lors de sa dernière réimpression (800 exemplaires). Il en existe encore aujourd'hui environ 600 exemplaires.

Lorsqu'en 1979 le stock du guide en langue allemande fut épuisé, la Bibliothèque élabora une nouvelle édition qui parut en 1980. Le crédit pour la publication de la nouvelle version française figurait dans le programme d'impression de l'OCFIM pour l'année 1981. Mais les travaux de traduction n'ont pu être achevés qu'en janvier 1982 en raison du manque de personnel. L'impression envisagée en 1983 a été victime, ainsi que d'autres publications, des rigoureuses mesures d'économie appliquées à l'OCFIM. Nous n'avons pu inscrire au programme d'impression pour l'année 1983 que les publications périodiques de caractère bibliographique qui paraissent depuis des décennies et qui sont indispensables à la recherche et à l'enseignement concernant notre pays.

On ne saurait répondre clairement et précisément à la question qui clôt l'interpellation sans procéder à une enquête générale et à une analyse comparative et quantitative de toutes les publications des services de la Confédération. La Bibliothèque nationale ne peut entreprendre actuellement un tel travail, qui exigerait beaucoup de temps, sans affecter les services courants qu'elle assure au public dans le domaine de l'information.

La *Bibliographie des publications officielles suisses* permet cependant de fournir dans une certaine mesure à cette question une réponse valable et éclairante. Cette *Bibliographie* recense les publications des services de la Confédération qui sont intégrées chaque année dans les fonds de la Bibliothèque nationale. Le dépouillement du volume 35/1980 qui répertorie les publications officielles non périodiques de l'année 1980, ainsi que celui du numéro spécial 2/1976 qui ne retient que les publications officielles périodiques donnent l'image suivante:

Sur les 940 publications non périodiques (en chiffre rond) des services de la Confédération retenues par la *Bibliographie*, 395 sont rédigées en allemand, 295 en français, 120 en italien, 40 (émanant surtout de l'EIR) en anglais, 90 simultanément en deux ou trois langues officielles. Quant aux 410 publications périodiques (en chiffre rond) signalées pour l'année 1976, 125 sont en allemand, 85 en français, 25 en italien, 175 simultanément en deux ou trois langues officielles.

Ces chiffres montrent bien que par rapport à la population qui les parle, la part des langues officielles en usage dans les publications de la Confédération est plus que garantie. On remarque notamment qu'en ce qui concerne les publications périodiques, celles rédigées simultanément en deux ou trois langues officielles sont relativement en surnombre. Il ressort de la comparaison des titres annoncés dans la *Bibliographie* qu'une partie importante de ces publications

(40 pour cent des publications non périodiques) sont en fait des traductions du même texte dans les différentes langues officielles.

On ne peut donc à peine parler d'une discrimination des autres langues officielles en faveur de l'allemand en ce qui concerne l'activité éditrice de la Confédération; l'administration, s'est même constamment efforcée, dans ce domaine, de supprimer les disparités constatées.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	Minderheit
Dagegen	offensichtliche Mehrheit

Präsidentin: Herr Crevoisier erklärt sich von der Antwort des Bundesrates als nicht befriedigt.

82.420

Interpellation Ganz
Breite der Strassenfahrzeuge
Largeur des véhicules routiers

Wortlaut der Interpellation vom 16. Juni 1982

Wie zu vernehmen ist, sind zurzeit Bestrebungen im Gang, die bisher gesetzlich zugelassene Höchstbreite von Strassenfahrzeugen von 2,30 Meter generell auszudehnen auf 2,50 Meter.

Ich frage den Bundesrat:

1. Ist er nicht auch der Auffassung, dass die Fussgänger und Zweiradfahrer durch diese Fahrzeuge schon genügend gefährdet sind? Die Verkehrsentflechtung steht zudem erst in bescheidenen Anfängen.
2. Sind die Kompetenzen des Bundesrates gemäss SVG, wonach er ermächtigt ist, hierfür geeignete Strassen wie Autobahnen, signalisierte Hauptstrassen usw., für breitere Fahrzeuge offen zu erklären, nicht genügend, um allfälligen berechtigten Begehren Rechnung zu tragen?
3. Ist nicht zu befürchten, dass bei einer generellen Erhöhung der Fahrzeughöchstbreite die Zahl der superbreiten Fahrzeuge beängstigend zunehmen würde?

Texte de l'interpellation du 16 juin 1982

La loi fixe actuellement la largeur maximale des véhicules routiers à 2,30 mètres. Or on vient d'apprendre que des démarches sont en cours en vue de faire passer la limite généralement admise à 2,50 mètres.

Je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Le gouvernement ne pense-t-il pas que ces véhicules font déjà courir suffisamment de risques aux piétons et aux conducteurs de deux-roues? Il faut d'ailleurs noter à ce propos que la séparation des usagers de la route n'en est qu'à de modestes débuts.
2. La LCR attribue au Conseil fédéral la compétence d'autoriser la circulation de véhicules plus larges sur certaines routes qui s'y prêtent, telles qu'autoroutes, routes principales signalisées; cette compétence ne suffit-elle pas pour que le gouvernement puisse tenir compte de toute demande justifiée?
3. Ne faut-il pas craindre, si une augmentation générale de la largeur maximale des véhicules est autorisée, que le nombre des véhicules extrêmement larges s'accroisse de façon alarmante?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Affolter, Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Bircher, Borel, Bratschi, Braunschweig, Bundi, Chopard, Eggli, Gerwig, Gloor, Günter, Jaggi, Kauf-

Interpellation Crevoisier Landesbibliothek. Bibliotheksführer

Interpellation Crevoisier Bibliothèque nationale. Guide

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.442
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.10.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1472-1473
Page	
Pagina	
Ref. No	20 010 861

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.